

[Dezember 2019]

Arbeitskreis Innere Verwaltung - Wir wünschen fröhliche Weihnachten! -

**Sprechen Sie uns
gerne an!**

**Unsere Ansprech-
partner/innen
sind:**

**Bezirksregierung
Arnsberg**
Dirk Brüggemann

**Bezirksregierung
Detmold**
Frank Dorn

**Bezirksregierung
Düsseldorf**
Alice Leeser

**Bezirksregierung
Köln**
Manfred Michaelis

**Bezirksregierung
Münster**
Petra Schröer

**Fachhochschule
für öffentliche
Verwaltung NRW**
Daniel Belavić
Guido Mäurer

**Innenministerium
NRW**
Josef Diederich
Michael Schultes



[Aus dem ver.di Arbeitskreis Innere Verwaltung]

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Jahr 2019 ist fast zu Ende. Rückblickend war es insbesondere geprägt durch die Bestrebungen der Landesverwaltung, den öffentlichen Dienst digital aufzustellen.

Im Jahre 2016 ist das E-Government-Gesetz in Kraft getreten. Die vollständige Digitalisierung der Landesverwaltung soll bis 2025 abgeschlossen sein. Im Geschäftsbereich des Innenministeriums sind ca. 55.000 Arbeitsplätze davon betroffen.

Eine Vielzahl von Projekten werden zurzeit mit sehr hohem Kraftaufwand auf allen Ebenen der Landesverwaltung angestoßen, eine hohe Zahl von Ressourcen werden gebunden. Die Akteure sollen u.a. Grundlagen schaffen,

- die elektronische Verwaltungsarbeit zu etablieren,
- Geschäftsprozesse zu vereinheitlichen und zu optimieren,
- Verwaltungsabläufe und IT-Unterstützung zu standardisieren,
- den Bürgerinnen und Bürgern Verwaltungsarbeit transparent zu machen.

Diese Veränderungen werfen bereits heute große Schatten voraus. Von vielen Kolleginnen und Kollegen werden sie begrüßt, von vielen gefürchtet. Jedoch wird die Digitalisierung für alle mit großen Veränderungen und erhöhtem Arbeitsaufkommen einhergehen, mit Fragen nach Datensicherheit, Fortbildungsmöglichkeiten und vieles mehr.

Wir, die ver.di-Teams in Ihren Personalvertretungen, werden uns weiterhin auch im kommenden Jahr für eine wirksame Interessenvertretung Ihrer Belange – nicht nur bei der Digitalisierung sondern in allen Bereichen – einsetzen.

In diesem Sinne wünschen wir allen Kolleginnen und Kollegen, Ihren Familien und Angehörigen ruhige und besinnliche Feiertage.

Und für das Jahr 2020 alles Gute, viel Erfolg und vor allen Dingen Gesundheit.



- <https://bund-laender-nrw.verdi.de/>
- www.facebook.com/nrw6.verdi
- www.twitter.com/verdi_fb6_nrw



Bund und Länder

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

**Sprechen Sie uns
gerne an!**

**Unsere Ansprech-
partner/innen
sind:**

**Bezirksregierung
Arnsberg**

Dirk Brüggemann

**Bezirksregierung
Detmold**

Frank Dorn

**Bezirksregierung
Düsseldorf**

Alice Leeser

**Bezirksregierung
Köln**

Manfred Michaelis

**Bezirksregierung
Münster**

Petra Schröder

**Fachhochschule
für öffentliche
Verwaltung NRW**

Daniel Belavić

Guido Mäurer

**Innenministerium
NRW**

Josef Diederich

Michael Schultes



[Aus der Bezirksregierung Düsseldorf]

Skandalöse Verfahrensweise des LBV

Da erhält eine Kollegin kurz und knapp die Mitteilung vom LBV, dass festgestellt wurde, dass ihr zu Unrecht ein Ausgleichsbetrag gezahlt wurde und dies schon seit drei Jahren. Von daher werde man ihr den Betrag in Höhe von 1700 € mit der nächsten Gehaltszahlung verrechnen, sprich einbehalten.

Die fassungslose Kollegin wendet sich an eine Kollegin im Personalrat. Diese erhält auf Nachfrage beim LBV, wie dies denn zu Stande kommt und ob dem LBV die Existenz des § 37 TV-L nicht bekannt sei, nachfolgende Antwort:

Die Ausschlussfrist nach § 37 TV-L kenne man schon, aber man habe Anweisung erstmal alles zurückzufordern. Die Betroffenen könnten ja einen „Dreizeiler“ aufsetzen, dann würde die sechsmonatige Ausschlussfrist berücksichtigt und das zu viel einbehaltene Geld mit der nächsten Gehaltszahlung wieder ausgezahlt. Es gäbe aber viele, die dies nicht tun würden.

Vorab keine Information, keine Anhörung, keine Vorankündigung. Wo bleibt denn da die Fürsorgepflicht des Landes?

Also Kolleginnen und Kollegen, aufgepasst, bei Rückforderungen durch das LBV!!! Nachfragen, umgehend die Ausschlussfrist nach § 37 TV-L geltend machen und ggf. direkt einen Abschlag beantragen.

[ver.di – wir bringen uns ein!]

Attraktivität des öffentlichen Dienstes – Landesregierung muss sich den Herausforderungen stellen

Die Übernahme des Tarifergebnisses ohne Abstriche und die Schaffung neuer Stellen im öffentlichen Dienst waren 2019 gute Signale der Landesregierung an die Beschäftigten in NRW – allerdings müssen die geschaffenen Stellen auch besetzt werden, um spürbare Entlastungen zu erreichen.

Das schleppende Tempo der Landesregierung in punkto Gleichstellung von Frauen im öffentlichen Dienst ist jedoch enttäuschend, das versprochene Lebensarbeitszeitkonto wurde nicht umgesetzt. Nicht vermittelbar ist ebenso, warum es immerhin noch an einer landesweit einheitlichen Regelung für den Bezug eines klimafreundlichen und kostengünstigen Job-Tickets für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst fehlt. Ebenso mangelt es an einer Entlastung vieler Beschäftigter von Überstunden und Mehrarbeit, die sich aufgrund von Personalmangel bei gleichzeitigem Aufgabenzuwachs ergeben. Hierzu zählt auch die Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit der Beamt*innen von derzeit 41-Stunden auf das Niveau der Tarifbeschäftigten. Bisher hat die Landesregierung dazu kein wirksames Konzept umgesetzt.

Deshalb bleibt **ver.di** auch 2020 an diesen Themen dran.

- <https://bund-laender-nrw.verdi.de/>
- www.facebook.com/nrw6.verdi
- www.twitter.com/verdi_fb6_nrw



Bund und Länder

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft